

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 34

Erscheint Sonntags. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 M., ohne Postgebühren. Nur Postbezug. Bestellungen bei allen Postämtern. Geschäftsstelle Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I. Telefon: Moritz 66 3

Berlin, den 15. August 1920

Anzeigenpreis: Die viergespaltene Zeile für 90 Pfennig; für Verbandsmitglieder 60 Pfennig; Stellenangebote 60 Pfennig; Verfallungsanzeigen usw. 60 Pfennig. Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten

36. Jahrgang

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 34. Wochenbeitrag für 1920 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

### 1. Ersatzleute für den Verbandsauschuß.

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung in Nummer 32 der „Buchbinder-Zeitung“ über die Ergänzungswahl zum Verbandsauschuß teilen wir noch mit, daß zugleich mit dem neuen Vorsitz auch zwei Ersatzleute durch Urwahl in Leipzig mit gewählt worden sind, die bei etwaigem Ausscheiden jetziger Vorsitz an deren Stelle zu treten haben.

Als Ersatzleute für den Verbandsauschuß sind gewählt die Kollegen Artur Pösch und Rudolf Wever, beide in Leipzig.

Der Verbandsvorstand.

## Cartiverlängerung.

Nach den Beschlüssen vom 25. Juni, über die in Nummer 28 der „Buchbinder-Zeitung“ berichtet wurde, sollte das Lohnabkommen zum Reichstarif für die Stuck- und Kartonnagenindustrie Geltung haben bis zum 15. August d. J. Wir hatten damit gerechnet, daß etwa zu diesem Zeitpunkt wieder allgemeine Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen würden stattfinden können, was sich aber infolge verschiedener Umstände nicht verwirklichen ließ. Der Verbandsvorstand hat sich deshalb genötigt gesehen, einer Verlängerung der Geltungsdauer des jetzt geltenden Lohnabkommens bis zum 31. August d. J. zuzustimmen. Wir bitten die Kollegenenschaft, das zu beachten.

Was nachher werden soll, müssen die nunmehr für den 25. August in Aussicht genommenen Verhandlungen mit den Unternehmerverbänden ergeben.

## Das Krisengespenst.

Mit großen Sorgen haben wir in die Zukunft zu sehen: außenpolitisch und innenpolitisch liegen die Dinge für uns in Deutschland sehr ernst. Spa hat gezeigt, wie schwer die Lasten sind, die uns besonders wirtschaftlich die Vertreter der Siegerstaaten auferlegen und dabei zeigt sich bei uns in Deutschland immer drohender das Gespenst der Wirtschaftskrise.

Auch über diesen Zustand müssen wir hinweg. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise unterscheidet sich von den früheren Störungen dieser Art darin, daß heute nicht nur, sondern zu wenig produziert wird. Betriebe werden stillgelegt, Arbeitsentlassungen werden vorgenommen, obwohl ein ungeheurer Warenmangel vorhanden ist.

Deshalb ist es notwendig, mit genügender Deutlichkeit öffentlich die Verantwortung des Unternehmertums an diesen Krisenverschärfungen zu betonen. Was wir jetzt sehen, ist ein Durcheinander, die einzelnen Unternehmer, die verschiedenen Unternehmergruppen orientieren sich in ihren geschäftlichen Dispositionen nur nach ihren unmittelbaren Konjunkturinteressen. Auf die Interessen der Allgemeinheit wird geachtet.

Nachdem man sich verpekuniert hat, versucht man soviel wie möglich zu retten. Die Schieber mit ihren geschäftlichen Umgangsformen, die Außenleiter und „Bönhäsen“ haben auch die Moral der zünftigen Unternehmertreue angegriffen. Statt regulär zu produzieren und zu verkaufen, machte man ebenfalls in Spekulationsgeschäften. Nicht mehr mit kaltem Blut und weitem Blick wurde an die Zukunft gedacht, sondern unruhig und hoffig ließ man sich auf Spekulationen ein. Und so ist der Krach gekommen. Eine Ueberkapitalisierung ist in vielen Fällen eingetreten, indem Materialien über Materialien zu jedem Preis eingekauft wurden, um diese bei dem Warenmangel mit dem höchsten Gewinn nachher verkaufen zu können.

Die Wertsteigerung der deutschen Mark mußte diese Berechnungen über den Haufen werfen. Mit Feststellungen wird jetzt zurückgehalten. Jeder wartet auf die Stabilisierung der Verhältnisse und so lautet die Zwangspareole für viele Kleinunternehmungen und Mittelbetriebe: Lieber den Vertrieb stillzulegen, als auf der unsicheren jetzigen Preisgrundlage auf Vorrat weiter zu produzieren. Den Schaden hat der Arbeiter und die Allgemeinheit. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit wird für die davon betroffenen Arbeiterschaft geradezu unerträglich und bedeutet politisch einen gefährlichen Unsicherheitsfaktor.

Wo bleibt hier die Kraft und die Macht der Unternehmerverbände? Nach Selbstverwaltung, nach ungehinderter Bewegungsfreiheit der Unternehmer wurde gerufen, der Abbau der Zwangswirtschaft, die Abschaffung der durchgreifenden Staatsgewalt wurde gefordert, jetzt bietet sich Gelegenheit, zu beweisen, ob unser deutsches Unternehmertum seine Pflichten und Verantwortung der Allgemeinheit gegenüber erkennt. Wo sind die Führer der Wirtschaft, die leitenden Unternehmer, die als Feldherren die Wirtschaftslage zu weisern verstehen?

Wir sehen in Wirklichkeit nur das Gegenteil von dem, was unternommen werden mußte. Die Zentralisation der Unternehmernmacht in den Organisationen ist nur vorhanden, um gegen die Arbeiter zu rufen, um die Arbeitgeberverbände zu stärken, eine „Gewerkschaft der Unternehmer“ zu gründen. In der Handhabung des Betriebsratsgesetzes treibt man den Arbeitern gegenüber eine stille und ähne Sabotage; überall gehen Inkulare herum, geheime Abmachungen der Einzelorganisationen, Rundschreiben der Arbeitgebersekretäre an ihre Verbandsfirmen, den Wortlaut des Gesetzes scharfsinnig wie möglich zu interpretieren, damit einseitig starke Machtpositionen am Verhandlungstisch für die Unternehmer sich ergeben.

Das ist Katastrophopolitik, die getrieben wird. Jetzt darf nicht der Einzelprofit und das Spekulationsinteresse ausschlaggebend sein. Mit großzügiger Initiative und mit weitem Blick muß diegeniert werden. Wenn jetzt nicht Arbeitsbeschaffung und Arbeitsverteilung durchgreifend organisiert wird, entsteht ein Vakuum, ein leerer Raum, eine Periode, in der die Maschine der Wirtschaft, die mit Vollbeschäftigung arbeiten mußte, zum Stillstand gebracht wird. Diese Störungen können politisch und wirtschaftlich nicht mehr eingeholt werden.

Hier sollten die Arbeitsgemeinschaften zeigen, ob sie für die Arbeiter etwas Brauchbares leisten können. Sie stellen wichtige Interessensvertretungen dar, wenn sie richtig ausgerüstet werden.

Nicht freiwillig, sondern aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten setzte sich der Unternehmer mit dem Arbeiter an den Verhandlungstisch. Selbst die Herrenmenschen aus der Schwerindustrie lernten erkennen, daß sie den Arbeiter brauchen, daß ohne die paritätische Mitarbeit des Arbeiters kein Aufbau der Wirtschaft möglich ist. So entstanden die Arbeitsgemeinschaften als Ausdruck realer Machtverhältnisse.

Den Interessen der Unternehmer stellt der Arbeiter hier seine eigenen Interessen entgegen. Um Arbeitslohn, Arbeitszeit und sonstige Bedingungen an Arbeitsvertrag finden die Auseinandersetzungen statt, die entgeltliche Vereinbarung gilt als bindend für beide Teile des ganzen Wirtschaftszweiges. Aber über die reine Arbeitersphäre hinaus ist innerhalb der Arbeitsgemeinschaften auch der Ort, die großen Fragen der Wirtschaftspolitik, der Produktion und Preise zu erörtern. Der Arbeiter hat sich nicht nur als Produzent, sondern auch als Konsument, als Vertreter der Allgemeinheit zu fühlen. Und deshalb muß er auch eingreifen lernen in solchen wirtschaftlich schwierigen Situationen, wie sie gegenwärtig vorhanden sind.

Zunächst ist in die Preisfrage einzugreifen. Die vorhandenen Waren müssen verkauft werden, müssen auf den Markt kommen, der ausnahmefähig ist. Die Verkaufspreise sind herunterzuziehen, selbst mit dem Opfer von Preisverlusten. Wer von den Unternehmern dabei unter den Schritten kommt, kann nicht geschont werden, die Allgemeinheit darf nicht darunter leiden. Nebenbei wird die Situation in der Praxis meist derart sein, daß dann die Reserven anzugreifen sind. Wer jetzt durch verfehlte Spekulationen viel verliert, gehört in den meisten Fällen zu jenen Unternehmern, die die gleichen Geschäfte zu einer Zeit gemacht haben, als daran ebensoviel verdient werden konnte. Die Verluste sind auszugleichen und die Unternehmerorganisationen haben hier ein Betätigungsfeld, sich innerhalb ihrer Branchen gegenseitig über Wasser zu halten.

Ein Sünden der marifähigen Verkaufspreise schafft zugleich auch wieder die Konjunktur, neue Bestellungen aufzugeben, durch Zusammenschluß von Einkaufs- und Verkauforganisationen das notwendige Leben und die erforderliche Bewegung dem Zirkulationsprozeß der Wirtschaft zu geben. Dem ununterbrochene Produktion und ungehinderte Verteilung sind die einzigen Mittel, um aus dieser Krise herauszukommen.

Die jetzige Krise ist der Tummelplatz der privatwirtschaftlichen Konjunkturinteressen des Unternehmertums, dieses „freie Spiel der Kräfte“ muß geregelt werden, wofür Wirtschaften nicht mehr Sache des Einzelnen, sondern nur Anlegenheit der Allgemeinheit sein darf.

R. Wolbt.

## Das Existenzminimum im Juli 1920.

Das Existenzminimum ist seit Juni nicht weiter gefallen, wie von Unternehmerseite und der ihnen dienstbaren bürgerlichen Presse fortwährend behauptet wird, sondern erheblich gestiegen. Und zwar sagt hierüber Dr. Kuczynski in seinem monatlichen Bericht:

„Der Juli brachte eine weitere Verbilligung von Mehl und Mähe. Auch einzelne ausländische Nahrungsmittel, wie Reis, gingen im Preise zurück. Andererseits verteuerte der Mangel an Kartoffeln die Lebenshaltung. Dazu kam der Steuerabzug vom Lohne. Infolgedessen sind die Kosten des Existenz-

minimums, die im Juni bedeutend gesunken waren, im Juli wiederum gestiegen. Von den rationierten Nahrungsmitteln kosteten in Groß-Berlin Zucker und Milch normal soviel wie vor dem Krieg, Brot zehnmal soviel, Butter 14mal soviel, Margarine 17mal soviel, Getreide 31mal soviel. Beschränkt man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im ganzen eine Verteuerung auf das Dreifache. Die rationierten Mengen Lebensmittel, die bei der Verteilung in den letzten fünf Monaten 115,65 Mark kosteten, konnte man im Juli 1914 für 8,28 Mk. kaufen.

Da die zur Verteilung gelangten Lebensmittel jedoch nicht einmal zur Ernährung eines Kindes von 6-12 Jahren ausreichen, so mußte sowohl für die Frau wie für den Mann durch Freikaufbesuche die Ernährung ergänzt werden. Unter Berücksichtigung der hierfür billigen Lebensmittel ergibt sich als wöchentliches Existenzminimum für den Monat Juli in Groß-Berlin:

	Mann	Ghepaar	Ghepaar mit 2 Kindern
Ernährung	97.	97.	97.
Wohnung	55	92	138
Erziehung, Beleuchtung	9	9	9
Beheizung	22	22	22
Wäsche	34	55	77
Conditiges	40	59	82
	150	237	328

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen alleinlebenden Mann 28 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 39 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 55 Mk. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 8000 Mk., für das kinderlose Ehepaar 12.400 Mark, für das Ehepaar mit zwei Kindern 17.100 Mk.

Vom Juli 1914 bis zum Juli 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen; für den alleinlebenden Mann von 16,65 Mk. auf 150 Mk., d. h. auf das 9fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,20 Mk. auf 237 Mk., d. h. auf das 10,7fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,70 Mk. auf 328 Mk., d. h. auf das 11,4fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt 9 bis 10 Pf. wert.

Soweit die Angaben Dr. H.S. In Wirklichkeit hat die Familie erheblich mehr im Schleichhandel zuzukaufen. Denn die papiermäßig zur Verteilung gedachten billigen Lebensmittel können an einem ganz erheblichen Prozentsatz der Bevölkerung wegen Mangels an genügenden Vorräten nicht abgegeben werden. So sind z. B. auch diesmal nur verhältnismäßig wenige in den glücklichen Besitz der 13 Pfund Kartoffeln gekommen, die Dr. H. pro Kopf bei der Auffstellung zum Preise von 41 Pf. pro Pfund für die letzten fünf Wochen einstellt. Die große Masse mußte zufrieden sein, wenn sie im Schleichhandel zu 90 Pf. bis 120 Mk. das Pfund erhalten konnte. Und Milch, eines der wichtigsten Nahrungsmittel mit, die im Juli 1914 22 Pf. das Liter kostete und jetzt im Schleichhandel vielfach mit 3 bis 4 Mk. zu haben ist, wird in der Auffstellung gar nicht berücksichtigt. Zwar gibt es jetzt schon Büchsen mit dänischer „Sahne“ für 6 Mk., die vor vier Wochen noch 12 Mk. kostete, dafür ist sie aber auch in demselben Maße zu der Qualität gesunken. So ergibt sich aus dem Ganzen, daß es ganz unfruchtig ist, jetzt schon von einem Abbau der Löhne zu sprechen. Denn tatsächlich stehen unsere Tariflöhne noch weit unter dem Existenzminimum.

### Wir grüßen euch, ihr „altbewährten Führer“!

Von Fred Hermann De n.  
1916 vor Donau mont! Der Kronprinz soll den Namen eines genialen Feldherrn erhalten.  
Das französische Kronunselfeuer rast über den soeben genommenen Graben.  
Wir sitzen im Unterland, denn draußen tanzt der Tod im Festum. An den Wänden gestirnt die fahlen, angrößerzerrten Gesichter mit glühenden Augen wie Todestohlen. Die Erde lebt und stirbt in Todeskrämpfen und Zuckungen; jeden Moment kann uns 15 Mann die Granate zerfetzen und begraben.  
Drinnen ist es totenstill, niemand spricht ein Wort; — brauchen aber frucht und honnert es, splittert, heult und singt es in allen Tonarten. Dazwischen Klingt wie irres Lachen, bald dröhnend laut, bald höhnisch kichernd. —  
Das Wasser tropft von der Decke des Unterlandes herab und zerspreit auf den mit Schmutz bedeckten Uniformen und Leibern. Niemand rührt ein Glied, ein jeder stiert in die T're.  
Über die Gedanken jagen durchs Hirn, bald in Windeseile sich überschlagend, bald im Schneidtempo dahinkirschend, aber sie bleiben immer die

### Streik nutz-Verleherung der Arbeitgeber.

Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hat vor einiger Zeit eine Zentralisation der bestehenden deutschen Streikversicherungsgesellschaften eingeleitet. Am 6. Juni erfolgte in Berlin der Zusammenruch. Unter dem Namen „Deutscher Streikschutz“ ist eine Institution entstanden, die in den künftigen Auseinandersetzungen zwischen Unternehmer und Arbeiterkassen den Arbeitgebern finanzielle Hilfe leisten soll. Die deutschen Unternehmer rufen sich also für künftige Kämpfe. Sie rechnen vor allem damit, daß infolge des Streikstrategieverschiedene grundsätzliche Fragen durch Kampf gelöst werden müssen und fragen deshalb als gewiegte Geschäftsleute Sorge, für die kommenden Kämpfe mögliche Rückendeckung zu erhalten. Neben der Aufbau des neueren Unternehmensmittels ist in der deutschen Presse bisher noch wenig verbreitet worden. Die „Kölnische Zeitung“ vom 23. Juli bricht nun dieses Schweigen und ergötzt über den „Deutschen Streikschutz“ folgendes:

Der „Deutsche Streikschutz“ ist sowohl als Rückversicherung für schon bestehende Streikversicherungsgesellschaften und Verbände mit leistungsstarken Entschädigungsgeldern, wie auch als Streikversicherung für Arbeitgeberverbände ohne eigene Streikversicherungsgesellschaften und für Einzelmitglieder gedacht. Voraussetzung für alle Mitglieder der Gesellschaft ist Inbesitz der Zugehörigkeit zur Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Der Jahresbeitrag wird auf Grund der jeweiligen zulegt an die unfallversicherungsähnlichen Personen tatsächlich gezahlten Jahreslohnsumme berechnet und beträgt 1,50 Mk. für je 1000 Mk. der Jahreslohnsumme; für die Angestellten wird ein nach der Verhältniszahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten abgesetzter Prozentsatz zu der Jahreslohnsumme hinzugezählt. Neben dem Jahresbeitrag wird noch ein Einmalbeitrag in Höhe der Hälfte des vollen ersten Jahresbeitrages erhoben. Die Entschädigung ist folgendermaßen bemessen. Allen Mitgliedern, die einen jährlichen Beitrag von 1,50 Mk. für je 1000 Mk. Lohnsumme zahlen, soll für jeden durch eine unbeschäftigte Arbeitsentlassung ausgefallenen vollen Arbeitstag eine Entschädigung bis zu 25 v. H. des durchschnittlichen Tagesverdienstes für jeden freistehenden und ausgesparten Arbeitnehmer bewilligt werden. Ist die Versicherung, was gestattet werden kann, zu einem höheren Normalbeitragsatz als 1,50 Mk. abgeschlossen worden, so können besondere Vereinbarungen über Art und Höhe der Entschädigung getroffen werden. Grundsätzlich werden Streiks und Aussperrungen gleichmäßig behandelt; Arbeitsentlassungen, die nicht länger als 48 Stunden dauern, sowie Generalstreiks und politische Streiks werden nicht entschädigt. Dasselbe gilt für die zur Zeit des Streiks schwelenden oder während der ersten 90 Tage der Mitgliedschaft ausstehenden Arbeitsentlassungen. Ein Rechtsanspruch auf Entschädigung besteht nicht.

Es muß also damit gerechnet werden, daß bei den künftigen wirtschaftlichen Kämpfen der deutschen Arbeiterkassen in noch ausgeprägterem Maße als bisher ein zentral organisierter Unternehmerwiderstand vorhanden sein wird. Die „Kölnische Zeitung“ konstatiert mit Bedauern, daß nicht verkannt werden dürfte, daß der Sicherheitskoeffizient gegen die schweren Schädigungen der deutschen Volkswirtschaft durch den „Deutschen Streikschutz“ wesentlich günstiger getroffen ist.

Die Unternehmer werden durch diese neue Institution außerordentlich in ihrem Widerstand gegen Arbeiterforderungen gehärtet. Diese Tatsache

gleiches bei uns allen: „Die nächste kommt durch die Fedel“  
Über das Schicksal ist hart, es martert die Menschen langsam zu Tode. — Immer noch kein Volkstreser. Für Sekunden wird das Herz leichter, läßt der Druck nach, dann aber heult es von neuem heran. Die Peitschenhiebe fällt das Angstgefühl über die zermarterten Nerben her und ergreift wieder den kraftlosen Körper, um ihn zu schütteln, daß die Zähne klappern und die Haare sich sträuben, als wären sie aus Glas gezogen.  
Langsam kriecht das Geipst des Wahnsinns an den kuckulativen lebenden Wänden der Höhle empor, langsam, ganz langsam. —  
Zehn Stunden haben wir schon gefessen, kein Glied gerührt, kein Wort gesprochen, aber die Augen freisen lassen, wie brennende Windmühlenspiegel und — gedacht. Jetzt wollen wir und Werven nicht mehr, die Glieder sind steif und lahm, aber Schmerzen, — nein, — Schmerzen haben wir nicht; — die ersten fünf Stunden wohl, aber jetzt ist alles so schön weich und mollig hier unten. —  
Hier und da fladert's auf in dem Augen der Leute, erst schwach, dann immer stärker, bis es nur noch ein Brennen und lobendes Flammenmeer ist. „Wenn's doch nur erst vorbei wäre“, flüstert einer mit tonloser Stimme; einige nickten lächelnd.

muß auf Arbeiter- und Angestelltenseite den Willen auslösen, noch härter als bisher für den Ausbau ihrer gemeinschaftlichen Organisation einzutreten. Jede Verpöterung der Gewerkschaften bedeutet eine Schwächung der Position der Arbeiterkassen gegenüber dem unter zentraler Leitung handelnden Unternehmer.

### Der niedrige Verbandsbeitrag, eine Folge der hohen Lokalbeiträge.

Wie ein roter Faden zieht sich durch jede Nummer unserer Verbandszeitung die oft sprunghaftige Erhöhung der Lokalbeiträge. Vor allem sind es die kleinen und mittleren Zahlstellen, welche den realen Zustand erkennen, zur Selbsthilfe schreiben, den Beitrag erhöhen, um sich in Fällen der Not, der Streikgefahr unterstützen zu können. Selbst der idealst veranlagte Mensch kann sich vor Tatsache nicht die Augen verschließen und das Zusammengehörigkeitsgefühl einzelner Berufsgruppen zwingt mit Notwendigkeit zu Unterstützungsmaßnahmen. Darüber kommen wir auch in der heutigen Zeit nicht hinweg. Die Ablehnung der Erhöhung des Verbandsbeitrags durch den Verirat kann man deshalb kurzweg als kurzfristig bewerten. Es soll allerdings nicht bestritten werden, daß die vielen Zuläufer, welche wir hauptsächlich unter den westlichen Mitgliedsverbänden, sich kränken, noch höhere Beiträge zu zahlen. Als Kenntniz erscheint dann der Zahlstellenverband. Aber sonst, und das werden alle Funktionäre beschäftigen können, ist Geld zu allem möglichen mitunter reichlich vorhanden. Der Verirat, der Mann aus der Werkstufe, soll dem Beamten sagen, was gut oder schlecht ist. Es sind wohl viele Kollegen mit mir der Meinung, daß der Verirat bei dieser Angelegenheit „Erhöhung des Verbandsbeitrags und der Unterstützungsmaßnahmen“ das Gegenteil — beweisen hat. Schon die Entwertung des Geldes bedingt eine Erhöhung des Beitrags um das Fünf- bis Sechsfache, und war die Forderung „Erhöhung des Beitrags auf einen Stundenlohn“ vollaus gerechtfertigt. Die weitere Forderung für die nächste Zeit, Abbau der Lokalbeiträge und die Erhöhung des Verbandsbeitrags und der Unterstützungsmaßnahmen, muß zur Tatsache werden. Es entsteht somit ein Zustand im Verbands, den wir schließlich als krank bezeichnen können und den die meisten Kollegen nicht zustimmen werden. Die Selbständigkeit der Zahlstellen in Ehren, aber über derselben steht die Zentralisation des Verbandes, welche wir durch Nichtbewilligung der nötigen Verbandsgelder und Erhöhung der Lokalbeiträge praktisch untergraben. Auch sonst erscheint die Angelegenheit ein Mähdritt zu sein in puncto „Zustandverband“. Hier können wir doch nur dann auch zum Ziele kommen, wenn wir in allen Fragen gleichen Schritt halten mit den anderen Verbänden in graphischen Verufe. In der Beitragsfrage haben wir uns nicht genähert, sondern entfernt und das bedeutet unbedingt ein Mähdritt.

Der Zahlstellenkassierern entsteht außerdem durch die Einführung der lokalen Unterstützungsmaßnahmen eine große Arbeit, welche nicht zu leisten wäre, wenn der Gedanke der Zentralisation weiter gepflegt und ausgebaut wird. Daß diesen ungesunden Zuständen bald, recht bald durch zentrale Regelung ein Ende bereitet wird, ist wohl der Wunsch jedes denkenden Kollegen. Beherrigen wir den Ausspruch Schillers: „Der kluge Mann baut vor“. Lassen wir uns nicht von Stimmungen beeinflussen zum Schaden unserer selbst.  
Wittenberg. R. Schwarz.

Der Unterland füllt sich mit äherden Kämpfen der freierenden Granaten; den engen Schacht wallen die stigen Gase wie toll auf und nieder. Schneller pumpen die Lungen, hastiger wird das Atmen, ein hehender Hustenreiz breunt in den Schleimhäuten. —  
Der neben dem Schacht Liegende kriecht totselnd der Öffnung zu.  
„Ich will lieber oben sterben, als lebendig begraben werden“, stößt er heiser hervor und läßt die feberroten Augen von einem zum andern rollen.  
Steiner sagt ein Wort und doch hat's ein jeder gehört; — ach was — wenn er oben draufgeht, — keine Schuld, — hahaha, wir kommen ja zu Muttern, — hahaha — oder ist es ans — ganz aus!  
„Ja“, freischt der im Schacht Emporkriechende noch einmal mit schwacher Stimme: „Ja, oben ist's schön, hört ihr, — ja — ja — lala — wie's singt und spielt, — ja — ich will — tanzen — gehen, — — meine Gnädigste, — wenn ich bitten darf! — Schlittschuhläufer — Schlittschuhläufer — Schlittschuhläufer, — keine Worte verhallen im Lärm der Hölle.  
Ein anderer sitzt da, hebt die mit Schmutz begangenen Augenlider, ein Suchen geht über die glühenden Augen; er öffnet den Mund und hohlt und schaurig hallt's durch die Höhle: — „Seil — dir — im — Sie — ger — krang!“ (Schluß folgt.)



Zur Erwiderung.

Der ehemalige Vorsitzende des Buchbinderverbandes Emil Roth hat nach seinem Fortgang und Ausschluss vom Verbande sowie seinem Anschluss an die „Wiederkaufgenossenschaft“ des Herrn Eininus und Konstanten seine glänzende Tätigkeit darin gesehen, die Arbeiterparteien und Gewerkschaften im allgemeinen und ihre Führer im besonderen in der schärfsten Weise anzugreifen und zu verächtlichen. Hierbei ist er jetzt mit seiner Angriffsfront gegen uns in den „Graphischen Stimmen“ gelangt. — Wenn die „Graphischen Stimmen“ an dieses Pamphlet die Erwartung aussprechen, daß wir nunmehr dazu das Wort haben, so müssen wir dazu erklären, daß sowohl der Verbandsvorstand wie die Redaktion aus Rücksichtgründen es unter ihrer Würde halten, sich in eine Polemik mit Roth einzulassen.

Aus unserem Beruf.

Unternehmer-Zabotage.

Schon wieder können wir einen traffen Fall ungerechtfertigter Betriebschließung melden. Dem Betriebsrat der Großbuchdruckerei von G. S. Hermann u. Co., Berlin, wurde von dem Inhaber Herrn F. S. Hermann mitgeteilt, daß der Betrieb, der rund 1000 Personen beschäftigt, geschlossen wird.

Der Grund dafür ist, daß die Geschäftsleitung lieber den Betrieb schließen will, als mit dem gesetzlichen Vertreter der Arbeiterschaft, dem Betriebsrat, zu verhandeln. Zu erwähnen ist noch, daß die Firma eine der bestbeschäftigten in Berlin ist; denn sie hatte kurz vor der Schließung noch umfangreiche Personaleinstellungen vorgenommen.

Was sagt das Reichsarbeitsministerium dazu, daß die größte Buchdruckerei Deutschlands lieber den Betrieb schließt, als die gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft anzuerkennen? Sollen nicht werden Mittel und Wege gefunden, dem Unternehmer klarzumachen, daß derartige Stilllegungen in der jetzigen Zeit ein Verbrechen am Volksganzen sind!

Gegen den Papierwucher.

Wie in den letzten Tagen in Nürnberg abgehaltene Sammelversammlung des Vereins Bayerischer Zeitungsdirektoren hat sich in schärfster Weise gegen die außerordentliche Steigerung des Druckpapiers und die damit im Zusammenhang stehenden Miesen- und Gewinngewinne der Papierfabrikanten geäußert. Sie verlangt von der Regierung dagegen einzuschreiten, daß die Papierfabrikanten auf Kosten der Allgemeinheit sich in so unerhörter Weise bereichern. Komme der sofortige Abbau der Papierpreise nicht zustande, so wäre der Zusammenbruch der deutschen Presse unvermeidlich.

Roble Unternehmer.

Die Hamburger Buchdruckerprinzipale haben beschlossen, ihren Lehrlingsschulen die Stunden des Besuchs der Pflichtfortbildungsschule vom Lohn abzuziehen, weil das betreffende Senatsgesetz vom 22. Oktober 1919 die Bezahlung nicht ausdrücklich vorschreibt. Die Herren haben anscheinend vergessen, daß nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches die Mädchen ohne weiteres einen Anspruch auf Bezahlung der Schulstunden haben. Wenn ihr außerordentlicher Mangel an sozialem Verständnis sie von der Bezahlung abhält, so sollte wenigstens die Beachtung des § 616 sie nicht dazu bringen, die Angelegenheit auf die Spitze zu treiben.

Überwindung des Postens für Anstaltskarten

von 80 auf 10 Pf. forderte eine Versammlung der Betriebsräte der graphischen Industrie Berlins, um der großen Notlage der Industrie zu steuern, da durch die Erhöhung der Postgebühren die Anstaltskartenindustrie geradezu einen Kollaps erlitten hat.

7. Verbandstag der Buch- und Stein-druckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen.

Am 12. Juli trat in Frankfurt a. M. der von 100 Delegierten, darunter 15 Frauen, bestehende Verbandstag zusammen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Verbände der Buchdrucker, Buchbinder, Lithographen und Steinbräuer hatten Vertreter entsandt. Außerdem war der Oesterreichische Gewerkschaftsbund und der Reichsverein der Hilfsarbeiterchaft Oesterreichs vertreten.

Aus dem Geschäfts- und Massenbericht ist zu entnehmen, daß der Verband gegenwärtig 42.000 Mitglieder, darunter etwa zwei Drittel weibliche zählt. Die Verbandsliste schloß mit einem Bestand von 773.388 M. am 31. März ab. Die Lohn- und Tarifbewegungen wurden vom Verbandsvorstand eingehend besprochen und die eigenen Schwächen dargelegt, unter denen die Organisation zu leiden hatte. Der Zusammenbruch der verwandten

Verufe im „Graphischen Bund“, als Vorläufer des Industrieverbandes, sei nicht etwa ein Ausgesprochener, wie mehrfach behauptet wurde, sondern sei längst von den graphischen Zentralverbänden angefochten worden. Die Frage der Arbeitergenossenschaften und die Parteireligiosität, die sich auf die Verbandsüberprüfungen ausgedehnt hatten, wurden von ihm eingehend behandelt.

In die Verichterstattung knüpfte sich eine über drei Tage dauernde Debatte, in der alle die Arbeiterfrage betreffende bewegende Probleme besprochen wurden. Einer breiten Raum nahmen leider die inneren Streitigkeiten in Anspruch und drückten des Ritters des Verbandstages wesentlich herab. Dem Verbandsvorstand wurde zum Vorwurf gemacht, daß er zu eigenmächtig handle und den Gesamtvorstand nicht genügend respektiere. Nach Abschluß der Diskussion wurde den leitenden Personen das Vertrauen ausgesprochen. Gegen das Vertrauensvotum erklärten sich 20 Delegierte.

Mit sehr großer Mehrheit wurde folgende Entschlieung angenommen:

Der Verbandstag erklärt sich mit der Gründung des Graphischen Bundes, dessen Satzungen und seiner bisherigen Tätigkeit einverstanden.

Der Verbandstag erklärt in diesem Zusammenhange die graphischen Verbände zu gemeinsamer Tätigkeit die Grundlage zur Schaffung eines graphischen Industrieverbandes und trägt die vom Verbandsvorstand in dieser Angelegenheit bisher unternommenen Schritte.

Der Verbandstag macht es allen Jährgängen zur Pflicht, entsprechend den Satzungen des Graphischen Bundes, in allen Orten sich den Graphischen Kartellen anzuschließen, und, soweit solche noch nicht ins Leben gerufen wurden, für deren Gründung einzutreten.

Der Verbandsvorstand und alle Verbandsinstanzen werden beauftragt, feils für den möglichst engen Zusammenhänge aller im graphischen Gewerbe beschäftigten organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen einzutreten, damit deren Interessen auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen nachdrücklich wahrgenommen werden können.

Ein Antrag für das graphische Gewerbe eine Einheitszeitung zu schaffen wurde zur weiteren Behandlung an den Graphischen Bund verwiesen.

Nach eingehender Aussprache über den Punkt Tarif- und Lohnbewegungen wurde eine Entschlieung angenommen, durch die zum Ausdruck gebracht wird, daß der Verband an der zentralen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen festhält. Daß die Schaffung eines Manteltarifs für das gesamte graphische Gewerbe angestrebt und falls ein solcher nicht zustande kommt, bei den Neubehisnissen der Gehilfen-tarife für das Buch- und Stein-druckergewerbe, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Hilfs-personals mit geregelt und festgelegt werden sollen. Für den eventuellen Abschluß eines besonderen Reichstarfs für das Hilfspersonal, sofern wider Erwarten ein solcher sich notwendig machen sollte, wurden besondere Richtlinien aufgestellt.

Auf Antrag Berlin wurde der Titel des Verbandes dahin geändert, daß er nun lautet: „Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen“. Das Rekrutierungsgebiet des Verbandes bleibt aber daselbe wie bisher. Um dem Verband eine breite demokratische Grundlage zu geben, wurde ein Beirat geschaffen, der sich aus je einem nichtangehörten Mitglied eines jeden Ganges zusammensetzt. Außerdem gehören dem Beirat mit beratender Stimme an, die leitenden Personen des Verbandsvorstandes, der Redaktion und die Gewerkschaften. Von den Unterstützungs-einrichtungen fanden nur bei der Krankenversicherung und Arbeitslosenunterstützung Veränderungen statt. Die Beiträge wurden neu festgelegt und betragen nunmehr bei einem Wochenlohn bis 50 M. 1 M., von über 50 bis 100 M. 2 M., von über 100 bis 150 M. 2,50 M., bei über 150 M. 3 M.

Die bisherigen Vorstandsmitglieder E. Ruder als Vorsitzender, S. Kobal als Kassierer sowie A. Schulze als Redakteur wurden wiedergewählt. Als zweiter Vorsitzender wurde E. Hande-Vorlin neu gewählt. Als Nobum in der Gewerkschaftsbewegung ist anzuführen, daß die unbedeutender Mitglieder des Verbandsvorstandes nicht aus den Mitglieder des Vorrats ausgewählt wurden, sondern in der Reihenfolge Hamburg, Hannover, Magdeburg, Steint, Rottbom und Frankfurt a. O. gewählt werden sollen. Es scheint uns, daß ein derartiger Zusammengesetzter Verbandsvorstand nicht nur ein sehr schwerfälliger, sondern auch ein kostspieliger Apparat werden wird.

Steuerlabotage d r Besitzenden.

In letzter Zeit ist in der Arbeiterpresse über die ungerade Steuerbelastung der Arbeiterschaft und Labotage der Besitzenden gegen die sie schärfer heranziehenden Steuererlasse (sowie geschrien werden, daß wir uns dagegen wehren können, hier nochmals darauf einzugehen. Doch fordert eine offenkundig aus den Kreisen der Besitzenden uns zugegangenen Kritik unseres Artikels über das Reichsneinommensteuergesetz zur Erwiderung heraus. Der Anonymus bewertet u. a., daß sich ihm keine Handhabe biete, von uns den Staatsanwalt auf den Hals schicken zu können und ruft uns zum Schluß in pathetischen Worten zu: „Man macht heute nicht, wie Sie ein-gangs Ihres Artikels schreiben, die Steuererlasse wie in wilhelminischen Zeiten jeligem Augenblicks, sondern gerade umgekehrt. Wer es heute durch eisernen Fleiß und 10—12stündige Arbeitszeit zu etwas bringt, wird durch Ihre Genossen, die diese Steuererlasse machen, bestraft.“ Der Ahnungslose! Wie weitreichend unser Kritikus der Arbeiterschaft tatsächlich gegenübersteht, erkennt man schon daraus, daß er uns den Vorwurf macht, die Einkommensteuererlasse nur bis 40 Proz. abgedrückt zu haben. Wir hätten nach seiner Ansicht besser getan, die untere Staffel fortzulassen. Daß die Arbeiterschaft in ihrer Mehrzahl nur die Staffel bis etwa 20 Proz. interessiert, und nicht die obere Grenze von 60 Proz. erreicht, scheint unser Anonymus gar nicht zu ahnen. Und wenn er uns weiter darauf aufmerksam macht, daß der Vermögenszu-wachs im Kriege nicht schon von 100.000 sondern erst über 875.000 M. vollständig eingezogen wird, über 275.000 M. mit dem Höchstjah von 50 Proz. und beim Reichsnotopfergesetz erst über 7 Millionen M. mit dem Höchstjah von 65 Proz. befreit werde, so betreibt doch diese Verächtung unjenseit die Verächtigung unserer schärferen Kritik, welche dahin ging, daß die hohen Vermögen und Vermögensgegenstände in ganz ungenügender Maße zur Steuer herangezogen werden. Daselbe trifft auch auf die in unserem Artikel erwähnte Deutsche Erdöl A.-G. zu, von welcher unser Anonymus entscheidend meint, daß für juristische Personen das Reichsnotopfer nur 10 Proz. beträgt. Ja, darin liegt doch eben der Skandal, den wir geißelten, daß diese Gesellschaft trotz der entsetzlichen Armut unseres Vaterlandes nur soweit zum Reichsnotopfer herangezogen wird, daß sie nach Zahlung derselben immer noch an gleicher Zeit 45 Proz. an die Aktionäre auszahlen kann. Wir können uns gar nicht denken, daß nicht selbst dem rechtlich denkenden Reichen die schreiende Ungerechtigkeit zum Bewußtsein kommt, die in einer solchen Steuererhebung liegt. Wenn das un-tere Kritikus noch nicht genügt, so empfehlen wir ihm eingehendes Studium des Steuererlasses, aus den jüngst veröffentlichten Nachweisungen des Reichsfinanzministeriums über die Steuereinnahmen der zehn Monate vom April 1919 bis Januar 1920 uns entgegenpringt. Und zutreffend sagt Dr. Kugelmass in seiner Kritik hierüber: „Die Arbeiterschaft ist mit Recht darüber ergrimmt, daß sie die Einkommensteuer von ihrem gegenwärtigen hohen Lohn zahlen soll, während die Unternehmer ein-stellen nach ihrem früheren, niedrigeren Einkommen veranlagt werden. Die Unternehmer aber machen sich darüber lustig, daß z. B. die im September 1919 durch Weseh veränderte Kriegs-gewinnsteuer noch immer nicht erhoben wird und erklären auf Grund ihrer Erfahrungen in den letzten Jahren, niemand sei in Deutschland so steuer-scheu wie die Steuerbehörden. Es wird nachherade Zeit, daß diesem Skandal ein Ende gemacht wird.“

Für die Betriebsräte.

Rechtsprechung der Schlichtungsausschüsse.

Bemerkung der Text des Betriebsrätegesetzes schon deutlich dessen Anzulänglichlichkeit, so zeigt sich diese bei der Rechtsprechung immer klarer, und deutlich merkt man auch dort den überwiegenden Einfluß der Unternehmer. So entschied der Schlichtungs-ausschuss Altona zu § 20, daß der Betriebsrat nur dann während der Arbeitszeit eine Sitzung abhalten darf, wenn diese sich nicht bis zum Ende der Ar-beitszeit hinausziehen läßt und mindestens eine Stunde vorher mit der Tagesordnung der Firma mitgeteilt wurde. Widerspricht die Firma und der Vorsitzende hält demnach die Sitzung ab, so entscheidet der Schlichtungsausschuss über die Dringlichkeit und eventuelle Entschädigung. Werden fortgesetzt ohne Dringlichkeit solche Sitzungen abgehalten, so kann unter Umständen wegen grollicher Verletzung gemäß § 41 die Auflösung des Betriebsrats erfolgen.

Die Unternehmer machen sich jedoch die Rege-lung dieser Frage erheblich leichter, indem sie einfach bei Sitzungen während der Arbeitszeit Gehalt und Lohn kürzen, ohne Rücksicht darauf, ob die Dring-lichkeit anerkannt ist oder nicht. Bei manchen

Firmen schwächen bereits Hunderte von Klagen und die Vertretungsstellen haben ihre liebe Not, diese Klagen zu bearbeiten.

Nach auffälliger ist folgende Entscheidung des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin zu § 80:  
„Die Anordnung der Geschäftsleitung wegen Änderung der Kontrolle bedarf nicht der Unterbrechung des Betriebsrates.“

Zur Begründung wird angeführt, daß die Arbeitsordnung über die Art der Kontrolle nichts enthält, mithin der Arbeitgeber diese selbständig ändern könne. Um so mehr erwächst daraus den Betriebsräten die Pflicht, bei der jetzt vorgeschriebenen Neueinführung der Arbeitsordnungen diese sehr kritisch zu prüfen.

Zu § 76 erging gleichfalls vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin eine Entscheidung, wonach der Anspruch des Betriebsrats auf Verlegung der Sprechstunde innerhalb der Arbeitszeit zurückgewiesen wurde, weil nur ausnahmsweise dies verlangt werden könne.

Gegenüber diesem offensichtlichen Bestreben der Unternehmer, das Betriebsratsgesetz zu sabotieren, erwächst den Betriebsräten die doppelte Pflicht, alle Persönlichkeiten und Sonderorganisationsbestrebungen in ihren Reihen sofort zu bekämpfen und im festen Zusammenschluß mit den Gewerkschaften den Kampf mit den Unternehmern durchzuführen.

### Rundschau.

**Warnung vor Wohlfahrtschwindlern.** Von auswärtiger Stelle wird mitgeteilt:

In ganz Deutschland sind zurzeit zahlreiche Agenten tätig, die besonders in Industriezweigen unter

den verschiedenartigsten Namen für angebliche Wohlfahrtszwecke jameln. Wie festgestellt worden ist, handelt es sich dabei zum großen Teil um selbsttätige oder schwindelhafteste Unternehmungen, deren eigenartiger Charakter häufig schon daraus hervorgeht, daß dem Agenten oder ihren Hintermännern als Entgelt 40, 50 und sogar 80 Proz. der eingehenden Gelder zuzuflehen. Während es der ernsthaften Wohlfahrtspflege mehr und mehr erschwert wird, die für die Durchführung ihrer Aufgaben erforderlichen Mittel zu erlangen, sind nachgewiesenermaßen der Öffentlichkeit im Laufe der letzten Wochen Millionenbeträge emporgehoben worden, die in die Tasche solcher selbsttätiger Unternehmer geflossen sind. Die Tatsache, daß die von den Agenten geleiteten Werbeaufträge die Namen angesehenen Persönlichkeiten tragen, ist leider nicht immer ein Beweis für die Güte des Unternehmens, da derartige Unterschriften häufig gefälscht oder ohne eingehende Prüfung des Unternehmers abgegeben werden. Den angegangenen Kreisen kann zu ihrem eigenen Vorteil nur empfohlen werden, von den Agenten regelmäßig den Nachweis darüber zu verlangen, daß die auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 erforderliche Genehmigung zur Sammlung vorliegt. Wo ein solcher Nachweis nicht erbracht werden kann, wird es sich durchweg empfehlen, die betreffenden Unternehmungen als zweifelhaft und deshalb nicht als unterstützungsbedürftig anzusehen.

### Adressenänderungen.

Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.

Brieg. B.: H. Niga, Burgstr. 9, III. K.: W. Henze, Ring 8-9.

Duisburg-Ruhrort. B.: G. Juhlmann, Duisburg, Finkenstr. 19, I. K.: Fr. Büstens, Duisburg-Neudorf, Oststr. 128/111.

Mannheim-Ludwigshafen. B.: S. Lauer, Mannheim, H. 6, 12a. K.: O. Eißel, Mannheim, Schwetinger Str. 128, Seitenbau V.

Oberweil. B.: H. Wölsche, Kapellenstr. 1. K.: E. Raue, Wichholz 39.

Regensburg. B.: J. Hagen, Engelburger Gasse 11, I. K.: J. Renisch, Weingasse 2, I.

Torgau. B.: Fr. Eiß, Rajernenstr., Haus 2 des Gemeinnützigen Bauvereins. B.: W. Sachmann, Bäderstr. 17, II.

### Achtung! An alle Verbandsfunktionäre.

In der nächsten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ erscheinen mehrere Artikel über die Tätigkeiten und Vorkämpferische und dürfte sich daher zu Agitationszwecken für diese Branche besonders eignen. Evtl. Mehrbestellungen für diesen Zweck bitten wir umgehend an uns einzufenden.

Expedition der Buchbinder-Zeitung.

### Abrechnungen

Vom 2. Quartal sind weiter bis zum 9. August bei der Verbandskasse eingegangen von: Kollbus 500 Mark, Gau 4 (ganzer Gau) 45 500 Mk., Lübeck 1000 Mark, Eidenburg 1600 Mk., Wiefelshof 8594,77 Mk., Staffel 2500 Mk., Minden i. W. 885,97 Mk., Gotha 1000 Mk., Naden 8000 Mk., Dören 4140 Mk., Gilmerskirchen 400 Mk., Gießen-Wehlar 516 Mk., Grimnitzkau 2400 Mk., Glauchau 515,07 Mk., Rajchau — Mk., Pörschheim 7200 Mk., Gau 17 500 Mk., Augsburg 1200 Mk., München 80 605,20 Mk.  
Fr. Kender.

## Tüchtige Etuisarbeiter

die selbständig arbeiten können, auf Uhren- und Schmucketuis gesucht. Offerten u. 3369 an die Exped. der „Freien Presse“, Pforzheim, erbeten.

**Tüchtigen erfahrenen Klattschlar (Werkmeister)** perfekt in allen vorkommenden Arbeiten wie Schmuck-, Vestel-Etuis, Kerne, Etuislagen, Schaufenstereinrichtungen usw., welcher der Tischlereiwerkstätte selbst vorstehen kann, per sofort oder später gesucht. Angeb. m. Zeugnis u. Gehaltsanpr. erb. an **Friedrich Dehne, Etuisfabrik, Dresden, Töpferstraße 13.**

Wie suchen zum **Linierer** sof. Antritt einen für eine feine & zrommische Kollentierwerkstätte. Off. m. Ansprüchen erb. Heider Anzeiger G. m. b. H., Heide i. Holst.

## Best eingeführter Vertreter gesucht.

Offerten unter G. G. 1920 an die Expedition dieses Blattes.

## Erwerbslosen-Zuschußklasse für Buchbinder und Papierverarbeiter Berlin.

Kolleginnen und Kollegen! Laut Beschluß der Generalversammlung vom 2. Juli d. J. treten mit dem 1. August bzw. der 32. Woche die erhöhten Beiträge von 50 Pf. in Kraft. Wir machen hierdurch nochmals darauf aufmerksam, daß alle Rückstände spätestens mit dem 31. August beglichen sein müssen. Nach diesem Termin sind alle Reste nach dem erhöhten Beitrag direkt beim Kassierer zu bezahlen.

Die erhöhten Unterstufungsätze kommen mit dem 1. Oktober zur Auszahlung und ist der Nachtrag zum Statut in den Bahnhöfen oder direkt vom Kassierer erhältlich.

Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Beschluß des erhöhten Beitrages und denen damit verbundenen erhöhten Unterstufungsätzen, sowie der auf 62 Wochen festgesetzten Karenz zu neuem Unterstufungsbeitrag, ist wohl allen Anforderungen der Zeit Rechnung getragen und die Vorteile der Mitglieder derartig, daß die Agitation für unsere Klasse ein leichtes sein muß. Darum werbet neue Mitglieder!

Ein jedes Mitglied des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Bahnhöfe Berlin muß auch Mitglied unserer Klasse sein.

Siehe in den Blotterverein!

Der Vorstand.

**Einige 100 Meter Kaliko (m 22 Mt.), 1 Hebel-schneidemaschine, 3 Holzpressen** zu verkaufen. Offerten unter G. S. 10 an die Expedition der Buchbinder-Zeitung.

**Schneidleisen**, weißbuchen, empf. J. Gabel, Eiberteld, Gesundheitsstr. 74.

**Steindruckfarben**  
Schlagmetall, Blattgold, Antik- und Bronzefarben laut **Winkler's Farbenhandlung** Berlin, Reichensberger Straße 120. (Auch kleine Posten)

**Restaurant „Harmonie“**  
Leipzig-R., Mathausstraße 9, Inhaber Walter Weidmann, bringt den Kollegen seine freundlichen vollständig renovierten Lokalitäten zur Abhaltung von Versammlungen usw. in empfehlende Erinnerung. Vereinszimmer für 80-100 Personen. Gute Speisen und Getränke.

## Anzeigen

finden nur Aufnahme, wenn der Betrag vorher eingelandt ist.

Freitag, den 20. August, nachmittags 5 Uhr, in der  
Vorkbranerei, Fiedrichstraße 2:

## Betriebsräte-Versammlung der graphischen Gewerbe.

Tagesordnung: 1. Die Produktionslabotage der Unternehmer und die Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe. — 2. Die Einigung in der Betriebsrätefrage. — 3. Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen sämtlicher Betriebsräte erwartet

Der Vorstand des Graphischen Kartells.



## WIRIL

### Klebstoffe

sind allen voran

Glänzende Begutachtungen  
Geservanten von Staats- u. städt.  
Behörden, Industriellen, Werkern  
u. der Handelswelt.

Muster u. 5kg gern zu Diensten, Verwendungsart bitte angeben!

**Chemisch-  
Technische Werke**  
Willybald Richter  
Leipzig Querstr. 7/8

Tel. 3049, 11248 ★ Telegr. Adr. Wirilwerke

Zur Messe: Zeisighaus I, Obergeschoß Stand 74/76.